

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 5

Ausgegeben am 29. Oktober 1920

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der Auflösungsprozeß der U. S. P.

Von Heinrich Cunow

Das Trauerspiel in Halle ist zu Ende. Nach mehrtägigem, schwerem Todeskampf ist endlich die unvermeidliche Trennung zwischen der opportunistisch-unabhängigen Parteirichtung Crispian-Dittmann-Hilferding und der sogenannten moskowitzischen Richtung erfolgt. Die einst mit den höchsten politischen Ansprüchen ins Leben getretene U. S. P. ist nach kurzem Bestand dem in ihrem Innern wühlenden Auflösungsprozeß erlegen — vier Monate nach ihren großen Erfolgen bei der letzten Reichstagswahl. Mit welchem Fanfarengeschmetter wurde damals von der Presse der Unabhängigen der »große Sieg« begrüßt. Frohlockend prophezeite sie die baldige sichere Eroberung der politischen Macht in Deutschland durch das in der U. S. P. organisierte wahrhaft revolutionäre Proletariat und die sichere Aufrichtung der »Diktatur des Proletariats«. Und nun? In wenigen Monaten hat sich dieses große Parteigebilde, das sich einer beispiellosen Jugendkraft rühmte, als ein innerlich ausgehöhlter und zerfressener, der sicheren Auflösung entgegengehender Körper erwiesen. Oft schon haben sich Parteiführer in eitler Selbstüberschätzung über den Zustand ihrer eigenen Partei getäuscht, noch nie aber in gleichem Maße wie die allzu ruhmredigen Größen der U. S. P.

Für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung, ja über die deutschen Reichsgrenzen hinaus für die ganze sozialistische Arbeiterbewegung des europäischen Kontinents ist die in Halle vollzogene Spaltung von größter Bedeutung. Sie ist, wie man sagen kann, ein weltgeschichtlicher Akt. Mag man den Kasseler Parteitag als Bestätigung des fortschreitenden Konsolidierungsprozesses unserer Partei noch so hoch einschätzen, an Bedeutung für die politische Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse und ihres Einflusses auf die künftige politische und wirtschaftliche Gestaltung Mitteleuropas verblaßt die Kasseler Tagung vor den Vorgängen in Halle. Darüber scheint man sich in unserer Parteipresse noch vielfach zu täuschen, denn nicht selten wird in unseren Parteiblättern die Spaltung der U. S. P. als Beweis eines Gesundungsprozesses aufgefaßt, der unserer Partei nur nützen könne, da er nicht nur zu einer Rückkehr der sogenannten verständigen Elemente der bisherigen U. S. P. in unsere Reihen, sondern auch zu einer Stärkung unseres politischen Übergewichts in der Arbeiterbewegung und damit unserer Machtposition gegenüber den bürgerlichen Parteien führen werde.

Das ist meiner Ansicht nach eine optimistische Selbsttäuschung, welche die politische Tragweite der vollzogenen Parteispaltung und ihre voraussichtliche Rückwirkung auf das politische Leben Deutschlands während der

nächsten Jahre völlig verkennet. Weder ist die Trennung der bisherigen Un-
abhängigen Sozialdemokratischen Partei in zwei Gruppen ein Akt der Ge-
sundung, der zunehmenden Einsicht der unterlegenen Hälfte in den ge-
schichtlich bedingten gesellschaftlichen Entwicklungsgang, noch ist sie ein Be-
weis für die Abwendung des sogenannten rechten Flügels der U. S. P. von
der bisher in ihrer Presse und parlamentarischen Reden herrschenden revo-
lutionsromantischen Auffassung und Phrasologie. Und ebenso verkehrt ist
es, die jetzige Spaltung als eine reinliche Scheidung zwischen dem
opportunistischen Crispian-Dittmannschen Flügel und den sogenannten
»Moskowitern« aufzufassen, als Abschluß eines Kampfes unvereinbarer
Gegensätze, der jedem Teil die Möglichkeit einer in sich abgeschlossenen Ver-
einheitlichung bietet.

Das sind Schimären! In Wirklichkeit ist die jetzige Trennung der bis-
her in der U. S. P. vereinigten Richtungen nichts als ein weiterer Akt in
der durch die Parteisplaltung oder richtiger Fraktionsplaltung des Jahres
1916 eingeleiteten Zerklüftung und Zerfetzung der deutschen sozialistischen
Arbeiterbewegung. Wie die formale Abzweigung der Fraktionsminderheit
von der Fraktionsmehrheit am 24. März 1916 mit der ihr folgenden be-
kannten Austrittserklärung der Achtzehn (der Abgeordneten Bernstein,
Bock, Büchner, Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Horn,
Kunert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil)
notwendig in weiterer Folge die Konstituierung der Ausgeschiedenen als
selbständige Partei, die spätere Abspaltung der Spartakisten von der U. S. P.
und darauf die Teilung der Spartakisten in die K. P. D. und K. A. P. D.
nach sich zog, so vollzieht sich nun in weiterer Auswirkung jener ersten Splal-
tung der Auseinanderfall der U. S. P.

Und auch die in Halle vollzogene Spaltung wird nicht die letzte in
der deutschen Arbeiterbewegung sein, denn bereits lassen sich in der aus
dem Versammlungsort in Halle unter Crispians Führung abgezogenen
Minderheit der bisherigen U. S. P. deutlich zwei Unterströmungen unter-
scheiden, deren Aufwärtsdrängen an die politische Oberfläche nur eine
Frage der Zeit sein kann. Wann diese neue Spaltung in dem übriggeblie-
benen Rest der U. S. P. eintreten wird, läßt sich freilich heute noch nicht
sagen — das kommt darauf an, wie sich die nächste politische Zukunft ge-
staltet und in welcher Form sich in den maßgebenden lokalen Parteiorgani-
sationen der U. S. P. die Scheidung zwischen den Crispianianern und den
Neukommunisten vollzieht: eine Trennung, die kaum ohne erbitterte Kämpfe
und persönliche Anfeindungen zwischen den feindlichen Brüdern in den ein-
zelnen Parteiorten vor sich gehen wird, kommen doch dabei beträchtliche
vermögensrechtliche Vorteile in Betracht.

Daß aus sich heraus die Crispian-Dittmannsche Minorität zur inneren
geistigen Verselbständigung und Geschlossenheit gelangt, ist fast unmöglich;
denn nicht nur bestehen unter den Führern dieser Gruppe die größten per-
sönlichen Gegensätze, nicht nur fehlt jene Achtung und Rücksichtnahme auf-
einander, die in einer politischen Kampfgenossenschaft unentbehrlich sind; die
Trennung in Halle ist auch durchaus nicht nach bestimmten Grundsätzen er-
folgt. Wenn schon die Scheidung zwischen Mehrheits- und Minderheits-
sozialdemokratie in den Jahren 1915/16 sich nicht auf Grund eines wohl-
erwogenen Bekenntnisses zu bestimmten Grundprinzipien und Grund-

anschauungen vollzogen hat — eine Tatsache, die schon darin zum Ausdruck kam, daß sich ein Teil der extremsten Revisionisten und früheren Nationalsozialen alsbald der neuentstandenen Partei der Unabhängigen, ein Teil der radikalsten Marxisten hingegen der Mehrheitssozialdemokratie anschloß —, so kann noch viel weniger die jetzige Spaltung auf dem Parteitag in Halle als prinzipielle gelten. Hervorgegangen aus Elementen, die aus irgendwelchen Gründen — sei es aus pazifistischen Neigungen, aus Erbitterung über den preußischen Militarismus oder aus Unzufriedenheit mit der Lebensmittelrationierung und der Art der militärischen Aushebung — die Haltung des damaligen Parteivorstandes und der hinter ihm stehenden Parteigenossenschaften bekämpften, ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nie zu einer grundsätzlichen politischen Haltung gelangt. Sie ist immer eine opportunistische Oppositionspartei geblieben, die sich bei ihrer Stellungnahme zu den auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Problemen nicht nach bestimmten Prinzipien orientierte, sondern sich lediglich durch agitatorische Aufzweckmotive leiten ließ. Entscheidend für ihr Verhalten war ausschließlich die Frage, ob diese oder jene Stellungnahme mehr oder weniger der Stimmung der Massen entsprach, ob sich dadurch neue Anhänger oder Wahlstimmen einfangen ließen, und ob nicht durch die Zustimmung zu diesen oder jenen Maßnahmen die Partei Verpflichtungen und Verantwortungen übernehme, die ihr vielleicht lästig fallen könnten.

Grundsätzliche Fragen haben, seitdem die U. S. P. besteht, nie ihre Taktik bestimmt, immer nur agitatorische Opportunitätsgründe. Auch die Beweggründe, die die Mehrzahl der Führer zu ihrer Stellungnahme für oder gegen die 21 Moskauptunkte bewegen haben, machen davon keine Ausnahme. Am wenigsten sucht der rechte Flügel in seiner Opposition gegen die Moskauer Forderungen auf klaren Grundsätzen. Es ist durchaus nicht unbegründet, wenn die Führer des Däumig-Flügels die Leiter des rechten Flügels als »Opportunisten« verspotten.

Wer daran zweifelt, sollte sich die Plädoyers für und gegen den Anschluß an die Moskauer Internationale ansehen, die während der letzten Wochen in der Parteipresse der Unabhängigen erschienen sind, vor allem aber die Diskussion in Halle. Ein Ausgehen von bestimmten prinzipiellen Anschauungen finden wir fast ausschließlich bei Sinowjew, dem reddegewandten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, der von Moskau zur Unterstützung der Däumig-Gruppe herbeigeeilt war. Sonst sucht man in den langen Reden vergebens nach irgendeiner klaren theoretischen Begründung des eigenen prinzipiellen Standpunktes oder einer präzisen Gegenüberstellung der eigenen und der Moskauer Parteigrundsätze. Auch Hilferding als Theoretiker der U. S. P. fühlte sich nicht zu solcher Klärung bewegen. Nirgends finden wir denn auch in den Reden der sogenannten »Rechtsflügler« eine grundsätzliche Abweisung der Leninschen Staats- und Gesellschaftstheoretik mit den aus ihr gezogenen terroristischen Folgerungen, nirgends ein konsequentes Bekenntnis der Rechten zur Demokratie, nirgends auch eine Befronung des marxistischen Entwicklungsgedankens gegenüber dem Lenin-Adamschen voluntaristischen Revolutionarismus. Kein Redner des rechten Flügels hielt es für angebracht, theoretisch den Unterschied zwischen seinen sogenannten »marxistischen«, richtiger vulgärmarxistischen, und den

bolschewistischen Grundsätzen darzulegen, wie denn auch keiner sich prinzipiell gegen die bolschewistische Theorie und Praxis als einer Wiederbelebung des Bakunismus erklärte. Der Kampf der »Rechtsflügler« richtet sich nur gegen bestimmte Forderungen des Moskauer Exekutivkomitees, wie zum Beispiel gegen die Zumutung, gewisse Führer kaltzustellen, den Direktiven aus Moskau zu folgen, sich unter Aufsicht des Moskauer Exekutivkomitees zu stellen usw. Mit prinzipiellen Bedenken wurde die Ablehnung dieser Forderungen denn auch von niemand begründet, sondern lediglich mit der Erklärung, eine derartige Abhängigkeit von Moskau degradiere die deutschen Führer, beeinträchtige die deutsche Parteiautonomie und würde dem kulturell weit über dem russischen Arbeiter stehenden deutschen Arbeiter auf die Dauer unerträglich sein.

Begreiflich ist allerdings dieser Verzicht auf eine prinzipielle Klärung. Die Führer des rechten Flügels der U. S. P. haben so lange die sogenannte formale Demokratie gelästert, die Rätediktatur als allein erfolgverheißendes Mittel der proletarischen Herrschaft gepriesen und auf Rußland als das Land hingewiesen, wo das Ideal der Proletarierherrschaft am schönsten verwirklicht sei, daß sie jetzt nicht gut grundsätzlich gegen das russisch-bolschewistische Regiment wenden können, wenn sie sich nicht selbst Lügen strafen und ihre getäuschten Anhänger noch mehr abstoßen wollen, als das schon in den letzten Wochen durch ihre Wendung gegen die Moskauer Dritte Internationale geschehen ist.

Tatsächlich setzt denn auch die Crispian-Dittmannsche Gruppe unter Hilferdings geistiger Führung in ihrem vor einigen Tagen veröffentlichten »Manifest an das deutsche Proletariat« die bisherige Taktik der gewollten Unklarheiten und der vieldeutigen radikalen Phrase ungeniert fort.

So heißt es zum Beispiel in diesem Aufruf:

Wir halten fest an unserem Leipziger Aktionsprogramm. Wir erstreben mit allen Mitteln die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Wir führen den Kampf weiter gegen die rechtssozialistische Politik des Reformismus, der Koalition mit den bürgerlichen Parteien und den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum.

Absichtlich wird jedes Bekenntnis zur Demokratie beziehungsweise zur demokratischen Republik vermieden. Dafür aber den Arbeitern die Crispian-Dittmannsche Gruppe als unentwegte, konsequente Vorkämpferin der »Diktatur des Proletariats« empfohlen, ohne daß hinzugefügt wird, was unter dieser »Diktatur« zu verstehen ist:

Während der Revolution setzte sich die Partei ein für die Diktatur des Proletariats bis zur endgültigen Sicherung der proletarischen Herrschaft und der Beseitigung aller politischen und ökonomischen Machtpositionen der Bourgeoisie. Die Politik der U. S. P. D. wurde vereitelt durch die Rechtssozialisten. Sie hielten an der Koalition mit dem Bürgertum fest, politisch, indem sie ihnen die Ministerien überließen, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung forderten und der Ablösung der proletarischen Diktatur durch den bürgerlichen Parlamentarismus die Wege ebneten.

Dadurch aber, daß weder vorher in der Presse noch auf der Tagung in Halle die prinzipiellen Unterschiede scharf hervorgehoben worden sind, wurde zugleich verhindert, daß sich die Trennung auf Grund bestimmter grundsätz-

licher Anschauungen vollzogen hat. Die vielfach in der bürgerlichen Presse beliebte Unterscheidung zwischen »Extremen« oder »Rabiaten« und »Gemäßigten« oder »Evolutionisten« ist völlig verkehrt. Theoretisch-prinzipielle Fragen haben bei der Entscheidung für oder gegen Moskau fast gar keine Rolle gespielt — und doch bestehen in dieser Beziehung unter den Personen, die für die Führung des übriggebliebenen Restes der U. S. P. in Betracht kommen, weitgehende Unterschiede. Man braucht nur die Namen Crispian, Frau Zieh, Hilferding, Breitscheid, Ledebour, Rosenfeld, Kunert aneinanderzureihen, um zu erkennen, daß — ganz abgesehen von den persönlichen Rivalitäten — die Einheitlichkeit der Auffassung in der verkleinerten U. S. P. durch die Abwanderung der Neukommunisten kaum gewonnen hat.

Sinzu kommt, daß die veränderte Lage der Crispianer zwischen den anderen Parteien sie recht bald vor neue Fragen stellen dürfte. Will diese Parteigruppe sich gegenüber der verstärkten kommunistischen und der alten sozialdemokratischen Partei behaupten, muß sie versuchen, neue Massen für sich zu gewinnen, die sie nur von links oder rechts nehmen kann. In dem einen Fall muß sie mit dem kommunistischen Radikalismus, im anderen mit dem von ihr bisher als kleinbürgerlich verhöhten »Rechtssozialismus« in Konkurrenz treten. Das aber bedingt, daß sie den Anschauungen des einen oder des anderen Zugeständnisse machen muß. Wofür wird sie sich entscheiden, und wie weit werden sich ihre Führer der Schwenkung nach rechts oder links anpassen? Es ist wenig wahrscheinlich, daß Ledebour und Frau Zieh sich mit einer Annäherung an unsere Partei einverstanden erklären werden, ebensowenig aber dürften Crispian und Dittmann geneigt sein, nachdem sie die Beugung unter das kaudinische Joch der Moskauer Zentrale abgelehnt haben, nun um die Gunft der abgesplitterten Neukommunisten zu buhlen. An innerem Konfliktsstoff wird es demnach kaum fehlen.

Es ist ein böses Verhängnis, das der Krieg über die deutsche Arbeiterbewegung gebracht hat. In verschiedene divergierende Gruppen zerrissen, trat sie in eine Revolution ein, die als Folgeerscheinung eines das ganze Wirtschaftsleben zerrüttenden Krieges sie zwang, eine Bankrottwirtschaft zu übernehmen, ohne daß sich ihr irgendwo die Mittel boten, in der traurigen, völlig unsicheren Wirtschaftslage auch nur einen nennenswerten Teil der zur Heilung der schweren Kriegsschäden nötigen langgeforderten Reformen durchzuführen. Und nun gesellt sich zu der schon vorhandenen Zerklüftung der Arbeiterbewegung, die schon bisher die Kraft der Arbeiterschaft und ihren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung lähmte, eine immer weitergreifende Zersplitterung der Masse in sich gegenseitig befehdende sozialistische Parteien und Sekten. Die Folge kann nichts anderes sein als eine weitere Paralysierung der vorwärtstreibenden Kräfte und damit die Anhäufung weiterer, einer gründlichen Reformtätigkeit im Wege stehender Hindernisse. Die Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gruppen und Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung werden jede große geschlossene Aktion nach außen hindern und die Kräfte aufreiben. Zunächst werden wir das widerliche Schauspiel erleben, daß sich in allen größeren Parteioruten ein wilder, rücksichtsloser Kampf, um die Parteigeschäfte, Parteiblätter und Parteikassen entspinnt, in dem jede dieser beiden Gruppen den Anspruch erhebt, alleinige Rechtsnachfolgerin der alten U. S. P. zu sein. Eingeleitet hat diesen Kampf Crispian bereits dadurch in Halle, daß er vor dem Auszug der 156 Minder-

heitler die Erklärung abgab, die Däumig-Gruppe könne nicht als Rechtsnachfolgerin der alten U. S. P. gelten, da sie durch ihren Übergang zu den Kommunisten ihren Austritt vollzogen und sich also außerhalb der Partei gestellt hätte, denn nach den Beschlüssen des Märzparteitags von 1918 dürfe kein Mitglied der U. S. P. zugleich einer anderen politischen Partei angehören.

Die Hauptschuld an dieser Zerspaltung und Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung tragen jene, die in selbstgefälliger Vermessenheit, ohne die Folgen zu übersehen, am 19. Juni 1915 das bekannte Pronunziamento »Das Gebot der Stunde« in der »Leipziger Volkszeitung« veröffentlichten und damit die Parteizerspaltung einleiteten, die seitdem immer weitere Kreise gezogen hat. Sie tragen auch in erster Reihe vor dem Richterstuhl der Geschichte die Verantwortung für die jetzige erneute Spaltung der deutschen Arbeiterschaft — und die weiteren Spaltungen, die ihr noch folgen werden. Das Urteil, das dereinst, wenn sich die Folgen dieser ersten mutwilligen Zerrüttung der Arbeiterbewegung in ihrer ganzen Schädlichkeit übersehen lassen, die Geschichte über jene Personen fällen wird, dürfte kaum milde ausfallen, denn sie ist eine strenge Richterin, vor der die Berufung auf das Nichtvorherwissenkönnen und auf gute Absichten wenig gilt, sondern nur die Tatsache selbst und ihre Auswirkung im geschichtlichen Prozeß.

Einheitsstaat und Selbstverwaltung

Von Wilhelm Guske

I

Vor der Revolution war das Deutsche Reich ein Staatsgebilde, dessen Gliedstaaten über ein bedeutendes Maß Selbstgesetzgebung verfügten. Dieser Zustand war durch die geschichtliche Entwicklung bedingt, doch haben sich seit der Revolution die Voraussetzungen für eine weitgehende Selbstgesetzgebung der Gliedstaaten wesentlich geändert. Außerlich tritt diese staatsrechtliche Veränderung schon in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 deutlich hervor: Artikel 17 der neuen Reichsverfassung schreibt zum Beispiel für jedes Land eine freistaatliche Verfassung sowie das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen vor, und nach Artikel 18 soll die Gliederung des Reiches in Länder dem Willen der beteiligten Bevölkerung Rechnung tragen und die wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistungen des Volkes fördern. Die Steigerung der Gesamtleistungen des deutschen Volkes muß tatsächlich den Ausgangspunkt aller Reformbestrebungen bilden. Fast alle Fragen des öffentlichen Lebens stehen heute in unmittelbarem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Leben. Nicht nur staatsrechtlich, sondern auch wirtschaftlich drängt die Gesamtentwicklung zu stärkerer Zusammenfassung der Einzelstaaten, zum Einheitsstaat.

Die Stellungnahme der Parteien zur Forderung des Einheitsstaats ist jedoch keine einheitliche. Fast in allen Parteien sind die Meinungen gefeilt. Wenn nun die Motive der unterschiedlichen Beurteilung auch ziemlich verwickelt erscheinen, kann man doch ganz allgemein feststellen, daß die Besorgnisse einer Verkümmernng der Selbstverwaltungsrechte die Hauptquellen der Gegnerschaft gegen den Einheitsstaat sind. Man befürchtet, daß durch eine